

Fabian Anicker

Die Medizinisierung der Gesellschaft

Eine differenzierungstheoretische Skizze zur Corona-Pandemie

Zusammenfassung: In diesem Essay wird der differenzierungstheoretische Vorschlag unterbreitet, die gesellschaftliche Reaktion auf die Corona-Pandemie als eine Medizinisierung der Gesellschaft zu beschreiben. Das zentrale Motiv dieser Beschreibung ist die weltweit überraschend ähnliche Orientierung kollektiv bindenden Entscheidens an medizinischen Kriterien. Das Rätsel, das die Corona-Pandemie der Differenzierungstheorie aufgibt, ist die Frage, wie ein solcher zeitweiliger Primat des Medizinischen entstehen konnte: Wie war es möglich, dass medizinische Risikodefinitionen zum zeitweilig konkurrenzlosen Entscheidungsmaßstab der üblicherweise polytheistischen politischen Systeme werden konnten? Der Versuch, diese Frage zu beantworten, fokussiert die Schnittstellen von Wissenschaft, Medien und Politik.

Schlüsselwörter: Corona; Differenzierungstheorie; Öffentlichkeit; Politik; Medien

Abstract: This essay proposes to describe the societal reaction to the COVID-19 pandemic as a medicalization of society from a differentiation theoretic perspective. The central motive of this description is the globally astonishingly similar orientation of collectively binding decisions toward medical criteria. The puzzle which the corona pandemic poses to the theory of differentiation is the question, how the primacy of the medical could come about. How was it possible that medical definitions of risk could become at least temporarily the exclusive guiding principle of political decisions even though politics is usually serving many gods? The attempt to answer this question focuses on the interfaces of science, media and the political system.

Keywords: Corona; differentiation theory; public; politics; media

Nicht dass Menschen an Lungenkrankheiten sterben, sondern wie die Gesellschaft mit diesem Sterben umgeht, ist ein Thema der Soziologie. Die Corona-Pandemie interessiert in diesem Essay nicht als virologische und epidemiologische Tatsache, sondern als ein sozial definiertes und verarbeitetes Ereignis. Dabei wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Pandemie um ein Weltereignis (Stichweh 2008) handelt, das sich in seiner globalen Bedeutung am besten aus differenzierungstheoretischer Perspektive erschließt. Vor dem Hintergrund des Normalfalls funktionaler Differenzierung wird klar, inwiefern die vielbemühte Semantik des »Ausnahmestands« tatsächlich eine gewisse Berechtigung hat.

1 Corona und funktionale Differenzierung

Die Corona-Pandemie ist gleichzeitig Parade- und Problemfall für die Theorie funktionaler Differenzierung. Selten war es so offensichtlich, dass gesellschaftliche Systeme wie Wissenschaft, Politik, Medien, Wirtschaft, Recht und Medizin in einem weltgesellschaftlichen Horizont operieren, in dem Risiken wahrgenommen, Therapien entwickelt, politische Entscheidungen skandalisiert und wirtschaftliche Chancen ergriffen werden (vgl. Heintz/Werron 2011). Mit den zwar national beschlossenen und umgesetzten, in ihren Inhalten aber erstaunlich gleichförmigen politischen Präventionsmaßnahmen entsteht zeitweilig eine sachlich weitgehend kohärente Weltpolitik. Andererseits wird es angesichts der starken Beeinflussung der Politik durch die medizinische Wissenschaft und die massiven Interventionen der Politik in andere Systeme schwierig, die grundbegrifflich ohnehin problematische Rede von ›autopoietisch‹ operierenden Systemen (für viele andere: Kastl 1998; Renn 2012) zu rechtfertigen. Es handelt sich bei Covid-19 offensichtlich um ein Phänomen, das Inter-Systembeziehungen betrifft. Unsere Analyse setzt daher nicht bei der Eigenlogik der Systeme, sondern bei den spezifischen *Übersetzungsverhältnissen* zwischen sozialen Systemen an (Renn 2006). Welche Übersetzungsprobleme entstehen durch die Pandemie und wie werden die Übersetzungsverhältnisse zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen rekonfiguriert? Statt einen Überblick über sämtliche Funktionssysteme zu versuchen (siehe Stichweh 2020), sollen in dieser differenzierungstheoretischen Annäherung einige wenige Systeme herausgegriffen und dabei insbesondere das Verhältnis zwischen *Medizin und Politik* besonders beleuchtet werden. Die im Folgenden zu entfaltende differenzierungstheoretische Skizze geht davon aus, dass die Corona-Pandemie eine für die moderne Weltgesellschaft zumindest in Friedenszeiten beispiellose *Politisierung* der Gesellschaft veranlasst hat, die durch die Anfälligkeit des politischen Systems für die wissenschaftlich-medizinische Risikodefinition gleichzeitig eine *Medizinisierung* der Gesellschaft ist.

Diese Ausgangshypothese einer Medizinisierung der Gesellschaft auf dem Umweg über die Politik findet Anhalt in der insbesondere während der Phase des sogenannten ›Lockdown‹ beobachtbaren Reduktion entscheidungsrelevanter Wertbezüge im politischen System. Diese läuft bei genauerem Hinsehen über eine Vereindeutigung und Verengung der Semantik des Menschen. »Der Mensch« dient normalerweise als unbestimmter Referenzpunkt einer Vielzahl von Wertbezügen und Klassifikationsweisen, die nicht mehr miteinander in Einklang gebracht werden können (vgl. Foucault 1971). Die moderne politische Inklusion von Personen als Bürger lässt es nicht zu, diesen feststehende Interessen und Präferenzen zu unterstellen, schon weil dies die Flexibilität der Politik schmälern würde, auf sich wandelnde Ansprüche und Problemlagen zu reagieren. Es ist charakteristisch für den Normalzustand des politischen Systems unter der Bedingung funktionaler Differenzierung, dass die Wertgesichtspunkte politischen Entscheidens heterogen und in ihren praktischen Implikationen widersprüchlich sind. Sie können nur in anderen Funktionssystemen kompromisslos verwirklicht werden. Charakteristisch für Politik in demokratischen politischen Systemen ist daher das Driften zwischen verschiedenen situativen Priorisierungen von Werten, so dass heute Arbeitsplätze auf Kosten der

Umwelt und morgen Wälder auf Kosten der Wirtschaftsinteressen gerettet werden können. Dieser Normalzustand wurde insbesondere in der Frühphase staatlicher Reaktionen auf die Corona-Pandemie radikal suspendiert: Aus einem schillernden Subjekt wird ein möglicherweise kranker Körper mit Heilungsbedarf. Aus einer heterogenen Bevölkerung, aus Staatsbürgern, Arbeitnehmern, Gläubigen, Künstlern, Straftätern und Hobbysportlern wird eine Population von Organismen, deren Wohlfahrt über die Erhaltung der Biomasse definiert werden kann. Diese vereindeutigende Verengung des Blicks auf ›den Menschen‹ ist für die Medizin der Normalfall, für die Politik jedoch äußerst ungewöhnlich. Doch offenkundig gewinnt der Verbund von Medizin und medizinischer Wissenschaft im Laufe der Pandemie Deutungshoheit über die Entscheidungsprämissen des politischen Systems und besetzt den Zukunftshorizont politischen Entscheidens. Politische Entscheidungen werden in der Hochphase der Durchsetzung der Krisendefinition *primär* als solche wahrgenommen, die Menschenleben kosten oder retten können. Politische Maßnahmen erhalten dadurch den Charakter quasi-medizinischer Eingriffe. Und erst die medizinische Reduktion der Bedeutung dessen, was der Mensch ist und was sein Leben ausmacht, ermöglicht jene vereinfachte Selbstbeschreibung der Gesellschaft durch das politische System, die es erlaubt, zwischen »systemrelevanten« und »nicht-systemrelevanten« Bereichen zu unterscheiden.¹

Die Frage, die in diesem Essay gestellt werden soll, lautet: Wie konnte es zu dieser Vereinseitigung des Wertbezugs von Politik, dieser *Medizinisierung*, kommen? Untersucht werden nicht die kausalen Verkettungen einzelner Ereignisse, sondern die Grundstrukturen sozialer Systeme, die den Siegeszug des medizinischen Codes erst möglich machten.

2 Das politische Kommunikationssystem

Wir suchen diese ermöglichenden Bedingungen vor allem in der spezifischen *Irritabilität* des politischen Systems. Im Zentrum der Politik steht nach einer weitgehend konsensuellen Definition das *kollektiv verbindliche Entscheiden*. Das Entscheiden lässt sich als Bewältigung einer in ihrem Bezug zur Vergangenheit offenen Zukunft verstehen. Jede Entscheidung reagiert durch die Auswahl einer Option aus einer Menge an Alternativen auf eine bestimmte Ausgangslage und antizipiert eine normativ ausgezeichnete Zukunft – den Zweck, unter dem die getroffene Wahl gerechtfertigt wird. Charakteristisch für Politik in *demokratischen Systemen*, die wir im Folgenden ausschließlich betrachten wollen,

1 Das Attribut der »Systemrelevanz« wird während des sogenannten ›Lockdowns‹ genau jenen Bereichen der Gesellschaft verliehen, die der Reproduktion und Erhaltung menschlichen Lebens im spezifisch medizinischen Sinn dienen. Dieser Begriff der Systemrelevanz sollte von der Soziologie keinesfalls ungeprüft übernommen werden. Alle Funktionssysteme sind zwar auf körperliche Beteiligung angewiesen, so dass die Verfügbarkeit leistungsfähiger Körper tatsächlich eine basale Bestandsvoraussetzung für alle sozialen Systeme ist. Allerdings können alle Funktionssysteme mit Ausnahme der Medizin mit reinen Körpern nicht viel anfangen. Ungebildete, nicht-religiöse, künstlerisch unbegabte, unsportliche und arme Menschen sind typischerweise in großer Zahl verfügbar, können aber unter Umständen nur schwer inkludiert werden.

ist der öffentliche Streit um die Frage, inwiefern die antizipierbaren *Folgen* bestimmter Entscheidungen im Vergleich zu anderen Optionen und ihren Folgen wünschenswert sind. Diese *Politisierung der Folgen* als wichtiges Moment demokratischer Debatten sorgt für den starken Zukunftsbezug der Politik. Auch die Gegenwart wird als Zukunft vergangenen Entscheidens dargestellt und erst dadurch politisiert: Die Regierung hätte schon damals wissen müssen, in welchen Schlamassel uns ihre Reformen heute gebracht haben.

An dieser Stelle ist es unumgänglich, einige Annahmen zur internen Struktur und zu Kommunikationsflüssen innerhalb des politischen Systems einzuführen. Wir gehen mit dem frühen Niklas Luhmann (Luhmann 2002: 245ff.) und Bernhard Peters (Peters 1993: 330ff.) aber auch Jürgen Habermas (1992) davon aus, dass das Kommunikationssystem der Politik *intern* nach dem Schema Zentrum/Peripherie differenziert ist. Das Zentrum besteht aus einem Kern staatlicher Institutionen, in dem kollektiv bindende Entscheidungen über Rechtssetzung, Verwaltung und Rechtsprechung getroffen werden. Dieser Kern ist umgeben von einer Struktur intermediärer Organisationen (Parteien, Verbände, Massenmedien, mächtige Wissenschaftsorganisationen) und peripherer Strukturen (soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Vereine und Gruppen, themenbezogene Foren, periphere Netzwerke bis hin zum berühmten Stammtisch). Peters und Luhmann gehen davon aus, dass es einerseits einen »offiziellen« Machtkreislauf gibt, dem gemäß die Peripherie im Wahlakt über die Besetzung des Zentrums entscheidet und sich das Volk über den Umweg über Parlament, Verwaltung und Rechtssystem selbst beherrscht. Peters weitet diesen Gedanken auch auf politische *Themen* und *Problemwahrnehmungen* aus. Das politische System wird dabei als »System von Schleusen« vorgestellt, wobei die Schleusen die Zurückweisung oder Weiterleitung von politischen Anliegen in Arenen kollektiv bindenden Entscheidens regeln (siehe auch Habermas 1992: 429ff.). Im offiziellen Machtkreislauf wird eine Überfülle von Themen und Problemwahrnehmungen in der Peripherie sukzessive von intermediären Instanzen aufgegriffen, verdichtet, in das Zentrum »eingeschleust« und schließlich in bindende Entscheidungen übersetzt. Diese *Selbstbeschreibung* des politischen Systems erlaubt seine Legitimation als (deliberative) Demokratie. Andererseits gibt es einen »Gegenkreislauf informaler Macht« (Luhmann 2002: 258)² wonach Parteien in Verbund mit den Massenmedien aufmerksamkeitsbindende Probleme erfinden, Pseudo-Ereignisse inszenieren und sowohl den Pool für relevant gehaltener Themen als auch Wahlentscheidungen durch eine Mischung aus Verwirrung, Versprechung und Überredung zu beeinflussen suchen (siehe etwa Edelman 1988; Kepplinger 2001). In modernen Mediendemokratien befindet sich die Peripherie unter professionalisierter Dauerbeobachtung durch Parteien und andere politische Akteure, die das Zentrum mit ihrem Personal besetzen oder dies anstreben. Im empirischen Normalfall gelingt es dadurch, Probleme bereits zu bearbeiten bzw. ihre Bearbeitung öffentlich zu simulieren, bevor sich zivilgesellschaftlicher Protest bilden kann. Vor allem die Regierung versucht, durch frühzeitige Adressierung potenziell politisierbarer Ereignisse jedem Eindruck vorzubeugen, sie habe einen möglichen Entscheidungsbedarf nicht er-

2 Luhmann denkt dabei zunächst an Einflusschancen und Sanktionspotenziale entgegen der rechtlich vorgesehenen Weisungsbefugnis, Peters weitet diese Idee auch auf Thematisierungschancen aus.

kannt. Auch wenn in Bezug auf ein bestimmtes Thema noch nichts entschieden wurde, soll stets kommuniziert werden können, dass man darüber bereits kommuniziert und eine Entscheidung möglicherweise vorbereitet. Empirisch gesehen werden die meisten politischen Themen denn auch eher vom Zentrum bzw. den intermediären Massenmedien gesetzt (vgl. exemplarisch für Forschung zum »agenda setting« von Beyme 1994).

Wegen der Ausrichtung der politischen Debatte auf Entscheidungen und damit auf Konflikte um antizipierte Zukünfte haben politische Organisationen ein hohes Interesse an Techniken, die die legitime Repräsentation der Zukunft in der Gegenwart erlauben. Über wahrscheinliche Zukünfte können Probleme definiert und Entscheidungen begründet oder angefochten werden. In modernen Gesellschaften verfügt die Wissenschaft nahezu über ein Monopol solcher »futurologischer« Techniken, die den Geist der Zukunft in der Gegenwart bannen. Mit Wirtschaftsprognosen kann heute über die Konjunktur von morgen entschieden werden, Rechtsgutachten erlauben, juridische Entscheidungen in der Zukunft bereits in der Gegenwart zu berücksichtigen, demographische Analysen zeigen heute die Probleme des Rentensystems in vielen Jahren – in praktisch allen wichtigen Bereichen ist die Politik eng mit der Wissenschaft verzahnt, um die dort entwickelten futurologischen Techniken für die Transformation von Gefahren in Risiken zu nutzen, eine unbekannte Zukunft in eine entscheidbare Zukunft zu verwandeln und damit die Zukunft zu politisieren. Daueraufmerksamkeit genießt dabei die Umfrageforschung, da diese wissenschaftliche Technik die Zukunft des politischen Systems selbst repräsentiert.

3 Die Übersetzung von SARS-CoV-2 zwischen Medizin und Politik

Wir belassen es bei dieser skizzenhaften Theorie des politischen Systems als ein intern sowohl nach Regierung/Opposition als auch nach Zentrum/Peripherie differenziertes Kommunikationssystem, das seine innere (Peripherie) und äußere Umwelt unablässig auf politisierungsfähige Ereignisse abscaant. Die Corona-Pandemie ist zweifellos ein solches Ereignis und ihre epidemiologische Modellierung eine futurologische Technik. Wenn wir den durchschlagenden Einfluss dieser epidemiologischen Techniken auf das politische System verstehen wollen, ist zu analysieren, wie die zunächst virologisch und epidemiologisch zu bestimmenden Eigenschaften von SARS-CoV-2 beim Übergang in das politische System in Politisierungsoptionen *übersetzt* werden.

Die durch SARS CoV 2 ausgelöste Coronavirusinfektion (COVID-19) ist in medizinischer Hinsicht eine neuartige Zoonose, die qua Tröpfcheninfektion oder Aerorsole auch von Mensch zu Mensch übertragbar ist. Wegen der Neuartigkeit des Virus gibt es kaum natürliche Immunitäten, so dass sämtliche menschlichen Körper als ansteckungsgefährdet gelten müssen und mit einer raschen Ausbreitung des Virus zu rechnen war und ist. All dies war bereits früh nach dem Ausbruch des Virus in der chinesischen Stadt Wuhan bekannt. Zu einem *Risiko* möglichen Entscheidens wird die Krankheit deshalb, weil es aus medizinischer Sicht Wege gibt, die Ausbreitung – vor allem über das Unterebinden körperlicher Nähe – zu verlangsamen oder einzudämmen. Maßnahmen zu er-

greifen oder dies zu unterlassen, wird dadurch als Entscheidung zurechenbar. Diese medizinischen Risiken werden beim Übergang in das politische System von Massenmedien und Parteien in Randbedingungen politischen Handelns übersetzt. Dadurch erfährt das Ereignis einen »Bedeutungsbruch« (Renn, 2006: 491); die epidemiologisch definierte Ausgangslage wird durch die Zurechenbarkeit politischer Verantwortlichkeit zu einer *Politisierungschance*. Wie und ob Politisierungschancen genutzt werden, ist von der Konfiguration des politischen Systems abhängig.

Geht die Politisierung vom Zentrum und zentrumsnahen Akteuren aus, richten sich Politisierungschancen in Demokratien besonders nach *unterstellten* Relevanzen des peripheren Publikums, dessen Zustimmung gewonnen werden soll. Investitionen in die Politisierung von Ereignissen lassen sich mit spekulativen Aktienkäufen vergleichen: Man hofft, dass andere aufspringen, weil man glaubt, ihre Relevanzen zu kennen. Ein sozialwissenschaftlich relativ gut erforschtes Muster solcher Relevanzunterstellungen ist das Selektionsschema der *Massenmedien* für die Thematisierung/Nicht-thematisierung von Inhalten durch die *Nachrichtenwertforschung* (Galtung/Ruge 1965; Östgaard 1965; Schulz 1976), die wir hier zur übersichtlichen Schätzung der Politisierungschancen des Coronavirus nutzen wollen.³

Mit einem Blick auf die vielzitierte Liste der Nachrichtenfaktoren nach Galtung und Ruge (1965; siehe auch Harcup/O'Neill 2001) wird klar, dass das Coronavirus nach der Überschreitung eines gewissen Schwellenwerts eine Vielzahl stark ausgeprägter Nachrichtenfaktoren aufweist. Besonders herauszugreifen sind zunächst *Negativität, Eindeutigkeit, Überraschung, Frequenz, Kontinuität, und Nähe*.⁴ Durchschlagend wirkt vor allem die Passung von Ereignisfrequenz und medialem Publikationsrhythmus: Die Fallzahlen ändern sich im Minutentakt, ständig entstehen ungewöhnliche Anschlussereignisse und bieten Anschlussmöglichkeiten insbesondere für die schnellen Online-Medien. In längerfristiger Perspektive fügen sich Einzelereignisse zu einem Narrativ der ansteigenden Kurve, so dass die näher rückende Gefahr auch als Ganze dargestellt und dramatisiert werden kann. Als *neue* und potenziell *tödliche*, gut *visualisierbare* Entwicklung, die *alle Menschen* aber auch *uns persönlich* schon *bald* unmittelbar betreffen wird, ist die Corona-Pandemie ein unwiderstehlicher Gegenstand der Berichterstattung – in seinem Nachrichtenwert nur einem Weltkrieg vergleichbar.

Nicht nur für die Massenmedien, für sämtliche Organisationen des politischen Systems zeichnet sich also früh ab, dass das Coronavirus durchschlagende Relevanz besitzt – medizinisch zu gut dokumentiert, um es zu leugnen, und massenmedial zu einschlägig, um es zu übergehen. Mit den weltweit beobachteten chinesischen Containment-Maß-

3 Die Nachrichtenwertforschung erzielt ihre empirischen Ergebnisse typischerweise durch den inhaltsanalytischen Abgleich von Ereignissen (häufig bereits vorcodiert in Form von Agenturmeldungen), die für die journalistische Berichterstattung ausgewählt werden, mit Ereignissen, die zwar zur Kenntnis genommen aber nicht in den Massenmedien thematisiert werden (exemplarisch siehe Eilders 2006; Bednarek/Caple 2014;).

4 Sobald sich Covid-19 zu einer globalen Pandemie entwickelt hat, weist sie selbstverständlich alle Nachrichtenfaktoren auf, aber wir konzentrieren uns zunächst auf die Frühphase der Kommunikationskarriere des Virus.

nahmen war auch früh die Möglichkeit verstellt, die Pandemie als unaufhaltsame Naturkatastrophe zu deuten. Es war klar: Über zukünftige Opferzahlen kann heute politisch entschieden werden. Die Frage für Zentrumsakteure war also nicht, *ob* das Ereignis politisiert wird, sondern auf welcher Seite der Politisierung sie stehen werden. Je nachdem, wie die Regierung reagiert, kann die Opposition entweder übertriebenes oder zu zögerliches Handeln kritisieren. Dabei sorgt Zögern für vermeidbares Sterben – d.h. Todesfälle, die als Folge einer Nicht-Entscheidung zurechenbar werden – während Überreaktionen alle Funktionssysteme unnötig einschränken und besonders die Wirtschaft strapazieren. Der Unterschied in der Politisierbarkeit der beiden Optionen liegt vor allem in der *zeitlichen* Dimension und in ihrer medialen Relevanz: Während sterbende Körper im hier-und-jetzt ihre (massenmediale) Aufmerksamkeit fordern und sich die medizinische Leistung von Politik und Gesundheitssystem im internationalen Vergleich von Infektions- und Sterberaten klar beziffern lässt (dies ist gewiss ein interessantes Thema für die Soziologie der Rankings, (siehe Heintz 2008; Ringel/Werron 2019)), sind viele negative Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen (negative Folgen für Wirtschaft, Intimbeziehungen, Bildungssystem, Kunst, Religion usw.)⁵ erst deutlich später und in wesentlich unklarerer Form zu fassen, so dass auch die Zurechnung auf konkrete politische Entscheidungen schwerer fällt. Wenn diese Skizze in etwa die Randbedingungen des politischen Entscheidens umreist, kann es nicht überraschen, dass die meisten Staaten auf der Welt mit eher drastischen Maßnahmen im Sinne medizinischer Empfehlungen reagiert haben und in vielen Fällen sogar die Opposition darauf verzichtet hat, Partei für weniger Einschränkungen und mehr Tote zu ergreifen. Für Deutschland etwa ist festzustellen, dass der in seinen Wertbezügen unbarmherzig polytheistische politische Diskurs in einen temporären Monotheismus überglitt: Am Firmament des politischen Systems funkelte nur der medizinisch definierte Wert der Erhaltung menschlicher Körper.⁶ Dies machte das politische System in außergewöhnlichem Maße handlungs- und konfliktfähig gegenüber anderen Funktionssystemen: Die von politischen Entscheidungsträgern (Macron, Trump) versuchte Kommunikationsstrategie, das Virus als »Feind« und die Reaktion darauf als »Krieg« zu interpretieren, ist soziologisch natürlich nicht haltbar, gerade mit Bezug auf die *Selbstautorisierung der Exekutive* jedoch ein durchaus treffender Vergleich. Wie im Fall der Kriegswirtschaft zieht das politische System und speziell die Regierung die Entscheidungsgewalt darüber an sich, welche Sektoren der Wirtschaft und

5 Eine Ausnahme bildet das Recht, da die Rolle der Präventionsmaßnahmen als Präzedenzfall relativ früh deutlich wird, auch wenn ihre abschließende verfassungsrechtliche Interpretation noch aussteht (Möllers 2020; Katzenmeier 2020;).

6 Der zeitweilige politische Konsensus in Deutschland ist mittlerweile zusammengebrochen, auch weil negative Folgen der Präventionsmaßnahmen in medial erzählbare Form gebracht werden konnten. In anderen politischen Systemen, insbesondere dort, wo die Regierung Kontrolle über das nationale System der Massenkommunikation hat, bestand von vorn herein mehr Verhaltensspielraum – sei es wegen eingeschränkter Pressefreiheit in Autokratien oder weil wie in den USA ein allgemeiner massenmedialer Filter (»gate keeping«) durch die Prominenz digitaler sozialer oder offenkundig parteilicher Medien teilweise ausgehebelt wird.

Wissenschaft »systemrelevant« sind und schränkt die Grundfreiheiten der Bürger in teils erheblichem Maße ein (vgl. Kruse 2009).

4 Exkurs zu »Verschwörungstheorien«

Hierhin gehört ein kurzer Exkurs zu den sogenannten »Verschwörungstheorien«. Soziologisch interessiert dieses Phänomen nicht als psychologische Neigung, hinter komplexen Zusammenhängen relativ einfache dafür aber umso finstere Pläne zu vermuten. Verstanden als Phänomen der politischen Öffentlichkeit handelt es sich eher um eine (prekäre) Hilfssemantik der Rechtfertigung von Protest und Devianz gegenüber präventionspolitischen Entscheidungen. Verschwörungstheorien sind bisher weitgehend eine Sache gesellschaftlicher *Milieus* (Renn 2014); ihr Ort ist die informelle und gesellschaftlich bisher weitgehend folgenlose Kommunikation in der Peripherie der (digitalen) Alltagskommunikation und das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben. Ihr kognitiver Gehalt eignet sich weder als Grundlage politischer Entscheidungen noch juristischer Urteile noch wirtschaftlicher Investitionen, so dass sie in Funktionssystemen kaum anschlussfähig sind (auch wenn ihnen die Befriedigung massenmedialen Unterhaltungsbedarfs nicht ganz abgesprochen werden kann). Man kann vermuten, dass es nicht zuletzt eine moralische Verlegenheit ist, die Verschwörungstheorien in informellen und digitalen Öffentlichkeiten anschlussfähig werden lässt: Die Inkaufnahme von Toten im Namen der eigenen Freizeit- oder Karriereinteressen wird weithin als zynisch abgelehnt und die Berufung auf rechtliche Grundfreiheiten taugt deshalb nicht als Legitimation, weil diese mit den Grundfreiheiten der (potenziellen) Opfer der Pandemie konfliktieren (Habermas/Günther 2020). Offensichtlich konnte man eine gewisse Zeit lang nur gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sein, indem man ihre Existenz leugnet oder in der staatlichen Reaktion die eigentliche Gefahr erblickt. Die von Verschwörungstheorien impliziert konzedierte Unmöglichkeit, Protest öffentlich in der Sprache des rechtlichen oder moralischen Diskurses zu formulieren, unterstreicht also eher die hegemoniale Stellung des medizinischen Codes bei der Definition der Wertgesichtspunkte politischen Handelns. Ein diffuses Protestpotential, das sich durch staatliche Eingriffe in affektiv besetzte Routinen bildet, wird durch Verschwörungstheorien gebündelt und in eine Richtung gelenkt: Verschwörungstheorien kanalisieren milieuinterne Affekte. Gleichwohl liegt in einer möglichen Instrumentalisierung einer konspiratorisch-paranoiden Affektlage durch populistische Parteien oder andere intermediäre politische Organisationen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Deliberativität des politischen Diskurses.

5 Mögliche Folgen – die kommende Medizinisierung der Gesellschaft?

In funktionsfähigen Demokratien wird der situative Konsens einer Verabsolutierung medizinischer Wertgesichtspunkte von kurzer Dauer sein und durch die übliche wertpluralistische Polarisierung des politischen Diskurses abgelöst werden. Die Gesellschaft lässt sich nicht dauerhaft politisch lenken, ohne in ihrer durch funktionale Differenzierung ermöglichten Leistungsfähigkeit katastrophale Einbußen zu erleiden. Dennoch dürfte das Ereignis für die Übersetzungsverhältnisse zwischen Funktionssystemen strukturell relevant sein. Neben dem Verhältnis von Recht und Politik, das durch den Imperativ der nachträglichen Legitimation staatlichen Handelns durch das Rechtssystem irritiert werden dürfte, ist eine erhebliche Aufwertung der Medizin gegenüber anderen Funktionssystemen wahrscheinlich. Einerseits dürfte es der Medizin nach der temporären Aufwertung seiner Funktion leichter fallen, Imperative anderer Funktionssysteme (insbesondere die Anforderung wirtschaftlicher Profitabilität) abzuwehren. Andererseits dehnt es seinen Einfluss gegenüber anderen Funktionssystemen und seinen Inklusionsbereich aus. Es ist etwa in allen Funktionssystemen mit dem Einbau von Präventions- und Notfallprogrammen zu rechnen, die nicht nur der Reduktion medizinischer Risiken, sondern auch dazu dienen, einschneidenden Eingriffen seitens der Politik in die eigene Entscheidungsautonomie vorzubeugen. Abzuwarten bleibt, inwiefern es dem medizinischen System gelingt, im Zuge der Corona-Pandemie auch längerfristig an Einfluss zu gewinnen, indem sich ein zukunftsbezogener Begriff medizinischen Behandlungsbedarfs durchsetzt. Die effektive Generalisierung der Inklusionsbedingungen der Medizin läuft über die Neujustierung der gesellschaftlichen Reaktion auf Krankheitsrisiken. Das medizinische System bestimmt seinen Zukunftshorizont von jeher über die Berücksichtigung von fall- und populationsbezogenen Krankheitsrisiken. Risiken definieren dabei Eintrittswahrscheinlichkeiten für Behandlungsbedarfe und dienen im Regelfall der internen Information über vorzuhaltende Kapazitäten; präventive Behandlungen sind mit wenigen Ausnahmen freiwillig. Mit der Covid-19-Pandemie gelingt jedoch eine gesellschaftsweite Generalisierung der Semantik des medizinischen Risikos und damit eine temporäre Vollinklusion aller Menschen in das medizinische System als potenziell krank und krank machend. Das medizinische System stellt im großen Stil von einer reaktiven, vergangenheitsbezogenen Krankheitsbekämpfung auf zukunftsbezogene Prävention um. Nicht Kranke, sondern *möglicherweise Kranke* werden über den Umweg des politischen Systems behandelt, und anders als im vergleichbaren Fall von verpflichtenden Massenimpfungen werden dabei die Reproduktionsbedingungen anderer Systeme in erheblichem Maße strapaziert. Es gelingt damit eine Umstellung der gesellschaftsweiten Anwendungskriterien des medizinischen Codes von Gegenwart auf Zukunft, wie wir sie bereits aus der Wirtschaft und insbesondere dem Finanzsystem kennen.

Auch weil nach der flächendeckenden Anerkennung medizinischer Risiken durch die Politik politische Akteure mit der (politizierbaren) Erwartung konfrontiert sein werden, in medizinisch ähnlichen Fällen ähnlich zu reagieren, platzieren wir an dieser Stelle eine

differenzierungstheoretisch begründete Wette auf eine längerfristige Medizinisierung der Gesellschaft.

Literatur

- Bednarek, Monika/Caple, Helen (2014): »Why do news values matter? Towards a new methodological framework for analysing news discourse in Critical Discourse Analysis and beyond«. In: *Discourse & Society* 25(2), S. 135–158.
- Beyme, Klaus von (1994): »Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems«. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 320–336.
- Edelman, Murray (1988): *Constructing the political spectacle*. Chicago: University of Chicago Press.
- Eilders, Christiane (2006): »News factors and news decisions. Theoretical and methodological advances in Germany«. In: *Communications* 31(1), S. 5–24.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge: eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): »The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers«. In: *Journal of Peace Research* 2(1), S. 64–90.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen/Günther, Klaus (2020) »Kein Grundrecht gilt grenzenlos«. Was zählt bei der Bekämpfung der Pandemie mehr: Der Lebensschutz oder die Freiheit? Seit Tagen hält diese Debatte die Öffentlichkeit in Atem. Aber lassen sich Grundrechte überhaupt derart gegeneinander abwägen? Ein Gedankenaustausch zwischen dem Philosophen Jürgen Habermas und dem Rechtstheoretiker Klaus Günther. In: *Die ZEIT* 20/2020, 07.05.20.
- Harcup, Tony/O'Neill, Deirdre (2001): »What Is News? Galtung and Ruge revisited«. In: *Journalism Studies* 2(2), S. 261–280.
- Heintz, Bettina (2008): »Governance by Numbers. Zum Zusammenhang von Quantifizierung und Globalisierung am Beispiel der Hochschulpolitik«. In: Schuppert, Gunnar Folke/Voßkuhle, Andreas (Hg.): *Governance von und durch Wissen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 110–129.
- Heintz, Bettina/Werron, Tobias (2011): »Wie ist Globalisierung möglich? Zur Entstehung globaler Vergleichshorizonte am Beispiel von Wissenschaft und Sport«. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63(3), S. 359–394.
- Kastl, Jörg, Michael (1998): »Die insgeheime Transzendenz der Autopoiesis: Zum Problem der Zeitlichkeit in Luhmanns Systemtheorie«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 27(6), S. 404–417.
- Katzenmeier, Christian (2020): »Grundrechte in Zeiten von Corona : Zugleich Anmerkung zu BVerfG, Beschl. v. 7.4.2020 – 1 BvR 755/20«. In: *MedR* 38, S. 461–465.
- Kepplinger, Hans Mathias (2001): *Die Kunst der Skandalierung und die Illusion der Wahrheit*. München: Olzog.
- Kruse, Volker (2009): »Mobilisierung und kriegsgesellschaftliches Dilemma«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38(3), S. 198–214.
- Luhmann, Niklas (2002): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Möllers, Christoph: »Parlamentarische Selbstentmächtigung im Zeichen des Virus«. <https://verfassungsblog.de/parlamentarische-selbstentmaechtigung-im-zeichen-des-virus/> (zuletzt aufgerufen am 14.6.2020)
- Östgaard, Einar (1965): »Factors Influencing the Flow of News«. In: *Journal of Peace Research* 2(1), S. 39–63.

- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Renn, Joachim (2012): »Eine rekonstruktive Dekonstruktion des Konstruktivismus«. In: Renn, Joachim/Isenböck, Peter (Hg.): *Konstruktion und Geltung. Beiträge zu einer post-konstruktivistischen Sozialtheorie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Renn, Joachim (2014): »Die Form des Milieus – Vergemeinschaftung, multiple Differenzierung und die tiefenhermeneutische Makroanalyse«. In: Isenböck, Peter/ Nell, Linda/Renn, Joachim (Hg.): *Die Form des Milieus. Zum Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Differenzierung und Formen der Vergemeinschaftung*. Weinheim: Juventa, S. 304–338.
- Ringel, Leopold/Werron Tobias (Hg.) (2019): *Rankings – soziologische Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schulz, Winfried (1976): *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg i. Br.: Alber.
- Stichweh, Rudolf (2008): »Zur Soziologie des Weltereignisses«. In: Nacke, Stefan/ Unkelbach, René/ Werron, Tobias (Hg.): *Weltereignisse. Theoretische und empirische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 17–40.
- Stichweh, Rudolf (2020) Simplifikation des Sozialen. Durch die Corona-Pandemie wird die Weltgesellschaft einer unbekannteren Situation ausgesetzt: Was passiert, wenn alle ihre Funktionssysteme zeitweilig einem einzigen Imperativ folgen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2020, 07.04.20, S. 9.

Anschrift:

Dr. Fabian Anicker
Institut für Soziologie, WWU Münster
Scharnhorststraße 121
48151 Münster
anicker@wwu.de